

Grüne: Abstimmen, nicht ausziehen, Herr Minister!

Neuregelung der Bundeszuschüsse für den Schienenverkehr ist an Baden-Württembergs Auszug aus dem Bundesrat gescheitert

Baden-Württembergs Verkehrsminister Ulrich Müller beschwerte sich jüngst in einer Pressemitteilung über „rot-grüne Vasallentreue im Bundesrat“: „Der Gesetzentwurf des Landes und von Bayern, in dem festgeschrieben werden sollte, wieviel Geld die Bundesländer für den öffentlichen Personennahverkehr bekommen sollen, fand keine Mehrheit, obwohl er zuvor von den 16 Verkehrsministern aller Bundesländer ... unterstützt worden ist. Selbst ein Antrag von Schleswig Holstein, der deutlich weniger Regionalisierungsmittel vorsah, wurde abgelehnt.“

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, wundert sich nun seinerseits über Müller: „Es ist schon richtig, kein Antrag zur Neuregelung der Bundeszuschüsse für den öffentlichen Verkehr fand im Bundesrat eine Mehrheit. Nur waren die Antragsteller von der Union zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend!“

Die unionsregierten Länder hatten den Bundesrat beim Tagesordnungspunkt 8, Zuwanderungsgesetz, verlassen und waren bis zum Tagesordnungspunkt 19, Regionalisierungsgesetz, nicht zurückgekehrt. Damit waren nur noch 35 Stimmen anwesend

– exakt die notwendige Mehrheit für einen Beschluss. Alle Länder mit Regierungsbeteiligung von SPD oder Grünen stimmten für den Antrag von Schleswig-Holstein, nur Brandenburg enthielt sich. Damit fehlten vier Stimmen zur notwendigen Mehrheit. Baden-Württemberg hätte dem Antrag mit seinen sechs Stimmen zur Mehrheit verhelfen können.

Boris Palmers hält Müllers Katzenjammer vor diesem Hintergrund für reichlich kühn: „Wer draußen Pressekonferenzen gibt, statt drinnen die Interessen des Landes zu vertreten, sollte besser schweigen, wenn das Abstimmungsergebnis nicht nach Wunsch ausfällt. Was hätten die anderen Länder denn tun sollen? Das Theater beim Zuwanderungsgesetz wiederholen und die Zustimmung durch Wowereit dekretieren?“

Inhaltlich teilt Palmer die implizit von Müller geäußerte Auffassung, dass der schleswig-holsteinische Antrag ein guter Kompromiss gewesen wäre. Der Antrag Baden-Württembergs hatte die Maximalforderung der Länder gespiegelt, wie sie auf einer Verkehrsministerkonferenz der Länder im November formuliert worden waren: 7,06 Milliarden € einschließlich Interregio-Finanzierung. Dagegen stand der Referentenentwurf von Hans Eichel mit 6,54 Milliarden €, der am Widerstand der grünen Bundestagsfraktion und des Umweltministers Trittin gescheitert war, bevor er im Februar ins Kabinett eingebracht werden sollte.

Der Antrag Schleswig-Holsteins hatte zum Ziel, die Regionalisierungsmittel auf 6,73 Milliarden € im Jahr 2002 zu erhöhen und für die Zukunft eine jährlich Steigerung von 1,5% festzulegen. Damit verbunden gewesen wäre auch ein Verzicht des Bundes auf eine Rückforderung von rund 200 Millionen € zu viel gezahlter Mittel für 2001.

Palmer: „Mit diesem Ergebnis wäre das Land sehr gut bedient gewesen. Für 2001 hätte Baden-Württemberg eine Nachzahlung von 28 Millionen € erhalten, ab 2002 wären jährlich rund 730 Millionen € in die Landeskassen geflossen. Und das, obwohl das Land in den letzten drei Jahren nur 650 Millionen € für den öffentlichen Verkehr ausgegeben und auch 2002 nur Ausgaben von 650 Millionen € eingeplant hat. Mit mehr als 70 Millionen € zusätzlicher Mittel könnte im Land eine wahre Bahnoffensive gestartet werden. Von modernem Ersatz für die Interregios auf der Schwarzwald- und Südbahn bis zum Ausbau der S-Bahnen in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg oder Mannheim/Heidelberg. Das alles ist am Wahlkampfgetöse der Union gescheitert.“

Müllers Behauptung, die Bundesregierung setze sich nun mit dem Ansinnen durch, die Regionalisierungsmittel um eine halbe Milliarde Euro zu kürzen, ist für Palmer doppelt falsch: „Müllers Kürzungsvorwurf ist ein Taschenspielertrick. Der Bund hat die Regionalisierungsmittel unter Rot-Grün nie gekürzt, sondern jedes Jahr erhöht.“ Müller vergleiche seine Maximalforderung (7,06 Mrd €) mit dem Minimalangebot von Hans Eichel (6,54 Mrd. €). Im Jahr 1998 waren noch 6,1 Mrd € ausgezahlt worden, bis 2001 hatte sich dieser Betrag auf 6,75 Mrd. € erhöht. Offensichtlich wisse Müller auch nicht, dass die Bundesregierung plane, den Inhalt des von Schleswig-Holstein vorgelegten Kompromissantrags bis zur Sommerpause als Kabinettsbeschluss in den Bundestag einzubringen. Palmer: „Der Minister wird eine zweite Chance zur Abstimmung im Bundesrat erhalten. Hoffentlich erinnert er sich dann noch an seine starken Worte nach der Sitzung des letzten Freitags.“